



Freibrief: Ein Jahr der Gestaltung

12.01.2023 18:37

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An g.priesmeier@t-online.de <g.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)

freibrief



Liebe Gabriele Priesmeier,

mit dem **Dreikönigstreffen** sind die Freien Demokraten in das politische Jahr gestartet. Unsere Botschaft aus Stuttgart: Trotz aller Krisen machen wir 2023 zu einem Jahr der Gestaltung!

Die FDP möchte die Frage der **Laufzeitverlängerung** in die Hände einer unabhängigen Expertenkommission legen. Außerdem müssen wir stärker auf technologische Innovationen als Schlüssel für die Zukunft unserer Energieversorgung setzen.

Nach Auffassung von Epidemiologen haben wir nach drei Jahren mit dem Virus eine stabile endemische Lage erreicht. Es ist nun höchste Zeit, Grundrechtseingriffe wie die **Maskenpflicht endlich zurückzunehmen**.

Das deutsche Waffenrecht ist bereits sehr strikt. Statt gesetzgeberischem Aktionismus brauchen wir mehr Konsequenz bei der Anwendung und **Durchsetzung der bestehenden Regeln**.

THEME
N

MELDUNGE
N

STELLENAUSSCHREIBUN
GEN

TERMIN
E



Dreikönigstreffen 2023: Das Gestaltungsjahr einläuten

Erstmals seit zwei Jahren kam die FDP in Stuttgart wieder in Präsenz zu ihrem Dreikönigstreffen zusammen. Eines wurde dabei klar: Viele wichtige Schritte sind wir in Regierungsverantwortung bereits gegangen, aber es liegt auch noch einiges an Arbeit vor uns. Das Krisenjahr 2022 war geprägt von enormen Herausforderungen: dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem Energiekrieg gegen Deutschland und Europa und nicht zuletzt der hohen Inflation. Die Liberalen haben entschlossen gehandelt und dazu beigetragen, dass sich unser Land in diesem Krisenjahr als widerstandsfähig und stabil erwiesen hat. Jetzt geht es darum, das Land nach vorne zu bringen. Viele Modernisierungsprojekte müssen vor dem Hintergrund der Krisen mit umso größerer Dringlichkeit angepackt werden. Parteichef und Finanzminister Christian Lindner gab deshalb in seiner Rede die Losung aus, 2023 „zum Gestaltungsjahr“ zu machen. Das bedeutet: Er will auf das schwache Wachstum und den „schleichenden Verlust von Wohlstand“ mit einer „Zäsur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik“ reagieren. Statt mehr Umverteilung gelte es, die Grundlagen für Wachstum neu zu schaffen. Lindner brachte dabei ein wichtiges Ziel liberaler Politik wie folgt auf den Punkt: „Gerade als Wissensnation muss unser Anspruch sein, dass die nächste Generation immer mehr kann, dass die nächste Generation immer mehr weiß als die letzte Generation.“ Die angesprochene Zäsur umfasst für den Parteichef ein ganzes Bündel an Maßnahmen: Bildung, Forschung, Technologiefreiheit

an Maßnahmen: „Bildung, Forschung, Technologieremitt, Einwanderung, Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung, das sind Elemente eines Wachstumspakets, das unser Land jetzt braucht, um wieder als Standort attraktiv zu sein. Aber man darf auch die Bedeutung der Steuerpolitik nicht unterschätzen.“ Auch aus diesem Grund setzen sich die Freien Demokraten nach wie vor für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ein.

Die Rednerinnen und Redner stellten an diesem Tag allesamt heraus, dass es einen klaren Unterschied macht, ob die Freien Demokraten in der Regierung sind oder nicht. Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erinnerte an die großen Erwartungen, die an liberales Regierungshandeln gerichtet würden. Nach der Zäsur des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine befinde sich das Land in einer neuen Lage, in der die Frage von Energiesicherheit, Versorgung und Preisen eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands spiele. FDP-Präsidiumsmitglied und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger erklärte, dass dieses Jahrzehnt zur „Dekade der technologischen Durchbrüche“ werden müsse, denn: „Die Welt wartet nicht auf uns.“ Die Probleme im Bildungsbereich wie Lehrermangel, Versäumnisse bei der Digitalisierung und Investitionsstau möchte sie mit aller Kraft angehen und unterstrich: „Das Aufstiegsversprechen in unserem Land muss endlich wieder mit Leben gefüllt werden.“

► [Mehr](#)

Energieversorgung ohne Denkverbote

FDP-Präsidiumsmitglied und Verkehrsminister Dr. Volker Wissing schlägt vor, die Entscheidung über eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in die Hände einer Expertenkommission zu legen: „Wenn wir es politisch nicht diskutieren wollen, dann müssen wir es wissenschaftlich klären. Deshalb sollte eine unabhängige Expertenkommission klären, ab wann wir angesichts der neuen Situation auf die Kernenergie verzichten können. Elektroautos mit Kohlestrom zu betreiben, ist den Menschen nicht vermittelbar.“ Aus Sicht der Freien Demokraten brauchen wir gerade beim Thema Energieversorgung weniger Denkverbote und dafür mehr Technologieoffenheit und Wertschätzung für die Freiheit der Wissenschaft. FDP-Präsidiumsmitglied und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger betonte in diesem Sinne beim Dreikönigstreffen: „Die Innovationsfähigkeit unseres Landes beginnt in unseren Köpfen.“ Dabei gehe es insbesondere um die Einstellung gegenüber neuen Technologien. Stark-Watzinger zeigte sich fasziniert von den jüngsten Fortschritten bei der Kernfusion und schloss mit der Forderung: „Wir müssen an dieser Forschung dranbleiben.“

► Mehr

Maskenpflicht muss noch im Februar fallen



Die Freien Demokraten erneuern ihre Forderung nach einem Ende der Maskenpflicht im Fernverkehr. Die Hälfte der Bundesländer hat die Abschaffung der Maskenpflicht bereits umgesetzt oder angekündigt. Vor diesem Hintergrund fordert FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai: „Auch im Fernverkehr sollte sie spätestens Anfang Februar enden.“ Nach geltendem Infektionsschutzgesetz sind hier noch bis zum 7. April FFP2-Masken vorgeschrieben. Auch der Fahrgastverband Pro Bahn und die Deutsche Bahn haben sich der Forderung der Freien Demokraten angeschlossen. Djir-Sarai erklärte: „Die Pandemie ist vorbei, wir sind mittlerweile in einer endemischen Lage. Es ist nun höchste Zeit, Grundrechtseingriffe wie die Maskenpflicht endlich zurückzunehmen.“

Waffenrecht muss nicht verschärft werden



Beim Waffenrecht sehen die Freien Demokraten kein Rechtsproblem, sondern ein Vollzugsproblem. Wir brauchen konsequente Strafverfolgung statt eine Waffenrechtsverschärfung. Justizminister Dr. Marco Buschmann stellte bereits kurz nach der Razzia gegen die sogenannten Reichsbürger im vergangenen Dezember klar: „Wir haben in Deutschland strenge Waffengesetze. Aber selbst die strengsten Waffengesetze helfen nicht wirklich, wenn sich Menschen illegal Waffen beschaffen. Wir müssen unser geltendes Recht besser durchsetzen“, so das FDP-Präsidiumsmitglied. Für die Freien Demokraten ist entscheidend, dass wir Menschen mit einer staatsfeindlichen Gesinnung frühzeitig identifizieren und aus dem öffentlichen Dienst entfernen. „Damit haben sie auch diesen Zugang zu Waffen nicht mehr“, so Buschmann. Ein entsprechendes Vorhaben sei auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden.

► [Mehr](#)

Berlin: Wählen wir neu!



Berlin ist eine großartige Stadt. Doch sie hat auch große Probleme. Wir stehen vor einer Wiederholungswahl, die notwendig wurde, weil unsere Verwaltung so dysfunktional ist, dass Selbstverständlichkeiten auf einmal zum Problem werden. Statt jetzt wirklich den großen Wurf zu wagen, gefällt sich der rot-grün-rote Senat in seiner Rolle als ideologisches Bollwerk gegen jeden Fortschritt. Daher sagen wir Freie Demokraten: Wählen wir neu. Sorgen wir für eine moderne Verwaltung, die Probleme löst, statt selbst eins zu sein. Sorgen wir dafür,

dass jeder in unserer Stadt ein Zuhause findet, statt jeden Wohnungsneubau erst einmal zu bekämpfen. Und sorgen wir dafür, dass Berlin seine wirtschaftlichen Potenziale aktiv ausschöpft, statt jede große Neuansiedlung kategorisch zu verdammen. Dafür kämpfen wir und danken für Ihre Unterstützung!

► Mehr

Plakatspende: Jetzt den Wahlkampf unterstützen



In diesem Jahr wählen vier Bundesländer ihre Parlamente neu. Die Wahl in Berlin bildet dabei den Auftakt in das wichtige Wahljahr für uns Liberale. Der Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin kann

noch eine Woche lang mit einer Plakatspende unterstützt werden. Tragen Sie zu einer starken Präsenz der Freien Demokraten bei und sichern Sie sich besonders attraktive Plakatstandorte. Auch Orts- und Kreisverbände können das Plakatspendentool nutzen. Empfehlen Sie es gerne auch potenziellen Spendern, die für konkrete Projekte spenden wollen.

[Hier können Sie die Plakate bestellen.](#)

Die FDP-Bundesgeschäftsstelle sucht:

- Mitarbeiter/-in Gremienbetreuung (w/m/d) als Elternzeitvertretung

Die FDP Baden-Württemberg sucht:

- Referent/-in für Öffentlichkeitsarbeit (w/m/d)
- Sekretär/-in (w/m/d)

Die FDP Brandenburg sucht:

- Mitarbeiter/-in in der Landesgeschäftsstelle (w/m/d)

Die FDP-Fraktion in Frankfurt sucht:

- Referent/-in für Kommunalpolitik (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern sucht:

- Assistent/-in der Geschäftsführung (w/m/d)
- Bürosachbearbeiter/-in Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V (w/m/d)
- Referent/-in für die Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)
- Referent/-in für das Sekretariat der Enquete-Kommission Jung

- Referent/-in für das Sekretariat der Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Rheinland-Pfalz sucht:

- Jurist/-in für den Bereich Inneres, Sport, Landesplanung und Recht (w/m/d)

Die Jungen Liberalen suchen:

- Office Administration (w/m/d)
- Zahlenmenschen (w/m/d)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sucht:

- Controller/-in für das Zentrale Finanzcontrolling (w/m/d)
- Projektassistent/-in Subsahara Afrika (w/m/d)
- Referent/-in Strategisches Controlling und Organisationsentwicklung (w/m/d)
- Sachbearbeiter/-in
Hauptstadtbüro/Bundesprogramm/Netzwerkmanagement (w/m/d)

Stellenausschreibungen der **FDP-Bundestagsfraktion** finden Sie hier.

Termine

- **76. Ordentlicher Landesparteitag der FDP NRW** 📅 21.01.2023 | Bielefeld
- **Abgeordnetenhauswahl in Berlin** 📅 12.02.2023

Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: freibrief@fdp.de, Internet: www.fdp.de

Verantwortlich: Michael Zimmermann, Bundesgeschäftsführer